

"REGIONAL DENKEN"

Interview mit dem Diekircher Schöffen Robert BOHNERT

forum: Vor kurzem hat der Unterrichtsminister den Wunsch geäußert, die Ernennung des Lehrpersonals in den Vor- und Primärschulen zu verstaatlichen, um zu kleine Klassen abschaffen zu können. Nur so sei es möglich, einen Lehrerüberschuß hier und einen Lehrermangel dort zu vermeiden. Derselbe Minister überläßt seit Jahren den Gemeinden die Verantwortung, den Muttersprachenunterricht für Ausländerkinder in das normale Schulprogramm zu integrieren; in diesem Fall weigert er sich, zentrale Richtlinien zu geben. Man hat also den Eindruck, daß bei bestimmten Politikern die Gemeindeautonomie nach Belieben zur Disposition steht: sie sind dafür, wenn sie ihnen in den Kram paßt, aber sie übergehen sie, wenn sie ihre Politik stören könnte.

Was bedeutet Gemeindeautonomie im Alltag?

R. Bohnert: Das Beispiel der Schulpolitik ist insofern gut gewählt, als es die ganze Komplexität der Gemeindeautonomie aufweist. Ich kann durchaus einen Minister verstehen, der in diesem Fall so und in jenem Fall anders argumentiert. Das Schulgesetz von 1912 macht nun eben die lokale Schulpolitik zu einem ständigen Balanceakt zwischen nationalen und kommunalen Kompetenzen. Daß man diese Situation vereinfachen möchte, ist verständlich. Das heißt aber noch lange nicht, daß man die Gemeindeverantwortung einfach mit wegrationalisieren sollte! Meines Erachtens ist die Schulautonomie fundamental für eine autonomen Gemeindepolitik. Andererseits kann die Gemeinde das Lehrpersonal nicht selbst ausbilden. Auch die Beamtenlaufbahn des Lehrers und der Lehrerin ist staatlich geregelt. Sie

werden staatlich geprüft. Sie werden auch zum größten Teil vom Staat bezahlt. Also ist es normal, daß der Staat auch bei der Ernennung mitredet. Es wäre aber schade, wenn man aus Bequemlichkeitsgründen oder um gewisse Probleme zu lösen, die sich aus der Gemeindeautonomie in dieser Sache ergeben, nun die Mitwirkung der Gemeinde ganz ausschalten und auch diese Lehrer, wie im Sekundarunterricht, zentral von der Hauptstadt aus ernennen und versetzen wollte. Allerdings müßte man die recht barocke Prozedur der Lehrerernennungen unbedingt überdenken und an die heutige Zeit im Sinne einer größeren Transparenz und einer besseren (regionalen) Schulplanung anpassen.

forum: Welches Interesse hat die Gemeinde denn an dieser Autonomie im Schulsektor beispielsweise?

Gemeindeautonomie im Schulsektor bedeutet nicht, daß die Gemeindeverantwortlichen die Lehrpläne festlegen.

R. Bohnert: Gemeindeautonomie im Schulsektor bedeutet nicht, daß die Gemeindeverantwortlichen die Lehrpläne festlegen. Sie bedeutet aber, daß die Gemeinde sich Gedanken macht über die Zahl der Schulklassen, die Größe der Klassen, die Organisation gewisser Spezialfächer, die das Gesetz zuläßt, über das didaktische Material, usw. Es gibt ohne Zweifel unterschiedliche Interessen der Kinder in einer Nord- und in einer Südgemeinde, in einer Stadt oder auf dem Lande. Diesen Interessen kann und soll eine Gemeinde Rechnung tragen. Im Sprachunterricht kann z. B. die Nähe dieser oder jener Landesgrenze andere Auswirkungen zeigen. Es ist von Vorteil, wenn eine Gemeinde sich um solche Fragen

kümmert. Durch das System der Schulkommissionen wird auch eine Art Puffer geschaffen zwischen der politischen Gemeindeautorität, Schöffen- und Gemeinderat, und dem Lehrpersonal und den Eltern, aber auch dem Unterrichtsministerium, vertreten durch den Inspektor. Dort wo die Schulkommission als diese Art Kontaktstelle funktioniert, ist Gemeindeautonomie zweifellos eine sinnvolle Sache, die nicht aufgegeben werden darf aus Gründen der administrativen Rationalisierung. Es ist ja auch klar, daß die Gemeindeverantwortlichen für die lokalen Infrastrukturbedürfnisse eher ansprechbar sind als die zuständigen nationalen Stellen, die sich mit einer Vielfalt von Gemeindeschulen und mit den andern Schulzweigen abgeben müssen.

forum: Die Gemeinde hat ja auch das Recht, Fächer einzuführen, die nicht vom Ministerium vorgeschrieben sind. Das ist im Schulgesetz von 1912 vorgesehen. Darauf beruft sich der Minister zur Zeit, um die Verantwortung für die Organisation des Muttersprachenunterrichts für kleine Italiener und Portugiesen von sich auf die Gemeinden zu schieben. Machen die Gemeinden denn von diesen Autonomierechten Gebrauch?

R. Bohnert: Um bei diesem Beispiel zu bleiben, kann ich sagen, daß wir nach jahrelangen Verhandlungen, u. a. mit den betreffenden Botschaften, nunmehr einen derartigen Versuch laufen haben. Das ist aber nur möglich, weil sich Lehrer bereitgefunden haben, in den Versuch miteinzusteigen, auch mit ausländischen Lehrern zusammenzuarbeiten. Nur wenn diese Voraussetzungen gegeben sind, kann das Experiment gelingen. Und auf Grund der ministeriellen Weisung haben wir ein Modell ausgearbeitet, um diese Kurse in den Schulplan zu integrieren. Vor kurzem hat das Ministerium bei uns die Gemeinden der ganzen Region zusammengerufen, um einen Austausch über die bisher gewonnenen Erfahrungen zu veranstalten, gewisse Kurskorrekturen vorzunehmen und eventuell zögernde Gemeinden zu motivieren, das Beispiel mit den notwendigen lokalen Anpassungen nachzuahmen. Wäre hingegen ein Schema X allen betroffenen Gemeinden - und das sind ja recht viele - aufgezwungen worden, hätten viele Lehrer(innen) unfreiwillig mitmachen müssen und der Versuch wäre sicher gescheitert. Dank der autonomen Gestaltungsmöglichkeiten der Gemeinde konnte aber im Gespräch mit allen Beteiligten ein allen genehmes Modell ausgearbeitet werden. Das nenne ich Gemeindeautonomie: nationale Richtlinien, regionale Konzertierung und lokale Schulorganisation.

Ich gebe ein weiteres Beispiel. Die Gemeinde Diekirch hat sich seit Jahren darum bemüht, die älteren Lehrpersonen vom Sportunterricht freizustellen, nicht um ihnen Freistunden zu verschaffen, sondern um den Sportunterricht aufzuwerten. Das war am Anfang sehr schwierig, weil solches nicht im Gesetz vorgesehen ist und wir damit auch Fragen der Beamtenlaufbahn berührten, die eigentlich nicht in die Gemeindekompetenz gehören. Als nach zähen Verhandlungen unsere Vorstellungen sich dann doch verwirklichten, haben eine ganze Reihe von Gemeinden, in denen sich dasselbe Bedürfnis stellte, nach-

gezogen.

Größere Autonomie auch für Staatsverwaltungen

forum: Wäre eine solche Autonomie nicht auch in andern Bereichen notwendig, die nichts mit den Gemeinden zu tun haben? Ich denke allerdings erneut an die Schulen, die klassischen und technischen Lyzeen, die staatlich organisiert sind, aber auch einen guten Schuß Autonomie vertragen könnten.

R. Bohnert: Als beigeordneter Direktor des "Dikricher Kolléisch" kann ich dem nur voll beipflichten. Die Zentralverwaltung in der Hauptstadt kann einfach nicht die Bedürfnisse jedes Schulgebäudes richtig erfassen, vor allem angesichts der zunehmenden Komplexität des postprimären Unterrichts. Meines Erachtens würde eine größere Finanzautonomie der Lehranstalten im Endeffekt eher zu einer Geldersparnis führen, weil das zur Verfügung stehende Geld viel gezielter eingesetzt würde, statt daß vielfach Kredite nur möglichst hoch angefragt werden, weil man weiß, daß ja doch noch gestrichen wird. Staatliche Verwaltungen haben nun einmal die Tendenz gleichzuschalten. Eine ideale Ausstattung unserer Lyzeen erreicht man aber nicht, indem man alles mit 27 multipliziert: Wenn die Ackerbauschule einen neuen Traktor braucht, kann sie nicht warten, bis die andern Schulen ein solches Fahrzeug anfordern. Andererseits hat man manchmal das Gefühl, es sei einfacher, einen Traktor oder einen Hubschrauber zu bekommen als eben die Schreibmaschine, die man braucht. Warum sollte nicht den lokalen Direktionen, die sich ja aus vereidigten Beamten zusammensetzen, die Möglichkeit gegeben werden, im Rahmen des "budget de fonctionnement" ihre Verantwortung voll und ganz auszuüben? Die staatliche Finanzkontrolle schließt ja letzten Endes jeden eventuellen Mißbrauch oder Übertreibung aus.

forum: Stichwort Finanzen. Sind sie nicht die Voraussetzung für eine Weiterentwicklung der Gemeindeautonomie? Könnte nicht auch eine Reform der Gemeindefinanzen zu Ersparnissen beim Staat führen?

R. Bohnert: Du schneidest einen sehr komplexen Fragenbereich an, den ich nicht vertiefen möchte. Ich möchte dem, was andere Autoren in dieser Nummer zur Finanzfrage schreiben nur folgenden Gedankengang hinzufügen: Oft ist es einfach eine Frage des geographischen Zufalls, ob eine Gemeinde arm oder reich ist. Die Gemeinde Diekirch mit 5600 Einwohnern z. B. hat weniger Geld bei der staatlichen Umverteilung zugute als eine Gemeinde mit sagen wir 14000 Einwohnern. Nun kann aber jene Gemeinde eine reine Schlafgemeinde sein, die nicht viele Infrastrukturausgaben machen muß, weil z. B. die Ausgaben für die Arbeitsplatzbeschaffung, lies Industriezonen, von andern Gemeinden geleistet werden, wohin die Einwohner eben zur Arbeit fahren. In Diekirch aber - und es gibt andere Beispiele dieser Art - gibt es eine Konzentration von Schulen und Verwaltungsbehörden. Es kommen

**Gefahren die
von der
Gemeindeauto-
nomie
ausgehen**

**Kino, Galerie,
Schulzentrum,
Kulturzentrum,
Sportzentrum,
Schwimmhalle,
usw.**

daher täglich Leute aus der ganzen Region dorthin, so daß bestimmte Dienstleistungen angeboten werden müssen, die die Bedürfnisse der 5600 Diekircher Einwohner weit übersteigen und daher auch unsere Gemeindefinanzen über Gebühr strapazieren. Diese Überlegungen müßten bei der Neuverteilung der Gemeindefinanzen unbedingt mitberücksichtigt werden, weil wir Infrastrukturausgaben haben, die regional, nicht lokal bedingt sind. Bei der neuen Steuerumverteilung für 1988 hat unsere Gemeinde aber Einnahmen verloren, obschon wir mehr Geld brauchen als andere Gemeinden, die eventuell mehr Einwohner haben. Man müßte neben der Einwohnerzahl auch andere Elemente berücksichtigen.

forum: Die Gemeindeautonomie birgt ja aber auch eine Reihe von Gefahren. Ich denke etwa an die Gemeinde Lennigen, die den Bau eines Flugfeldes, eines Golfplatzes und eines Luxushotels ins Auge faßt, weil sie sich davon eine neue Finanzquelle verspricht, obschon das Projekt jeder vernünftigen Landesplanung widerspricht.

R. Bohnert: Das Konzept einer Landesplanung scheint mir in der Tat eine sehr wichtige Voraussetzung für eine sinnvolle Gemeindeautonomie. Gemeindeautonomie kann nicht bedeuten, daß jede Gemeinde tun darf, was sie will. Die Gefahr des Chaos ist allerdings zur Zeit nicht so groß, da ja jede Entscheidung der Gemeindebehörden vom Innenminister abgesegnet werden muß. Es wird eher in Richtung Kontrolle übertrieben. Die Gefahren, die von der Gemeindeautonomie ausgehen, bestehen nur in wenigen Bereichen, in die der Schöffenrat oder der Bürgermeister direkt eingreifen können, etwa mit Baugenehmigungen. Die meisten Gemeinden haben sich aber auch auf diesem Gebiet Bauordnungen gegeben, die zur Zeit nach 10-15jähriger Laufzeit überarbeitet werden. Mammutprojekten ist damit meistens schon ein Riegel vorgeschoben. Allerdings ist nicht zu verkennen, daß jede Gemeinde stets die beste Infrastruktur anbieten will und auch jeweils das regionale Zentrum bei sich errichten will: das Schulzentrum, das Kulturzentrum, das Sportzentrum, die Schwimmhalle, usw. Dieses Problem kann man in der Tat die Gemeinden nicht allein lösen lassen.

Die Region als Entscheidungsstruktur aufwerten

forum: Man hat aber den Eindruck, daß die Regierung in Sachen Landesplanung nicht gerade an Übereifer krankt.

R. Bohnert: Einiges beginnt doch sich zu bewegen. Bislang war es vielleicht noch nicht so notwendig, in größeren Räumen zu denken. Bei der Schaffung von Industriezonen sind heute schon ganz andere Dossiers erforderlich als noch vor zwei Jahrzehnten. Die Besinnung auf landesplanerische Rücksichten kommt vielleicht spät, vielleicht auch zu langsam, aber sie ist im Kommen. Eine der wichtigsten Plangrößen wird m. E. in Zukunft der Begriff der Region sein. Ein Beispiel, um gleichzeitig zu zeigen, daß es auch

in unserm kleinen Land recht große Unterschiede zwischen Regionen geben kann. Wir haben in der Region Ettelbrück-Diekirch sehr große Schwierigkeiten, die Verantwortlichen in der Hauptstadt zu überzeugen, daß bei uns ein ganz realer Mangel an Schulraum herrscht, sowohl im Primär- als auch im Sekundarunterricht. Seit 10 Jahren werden wir immer wieder in dieser Sache vorstellig, aber der Mangel nimmt nur zu. Er ist typisch für diese Region. Zwischen Colmar-Berg und Reisdorf haben eine Reihe von Industriebetrieben, Schulen und Verwaltungen sich weiterentwickelt, viele der dort Beschäftigten sind auch in diesen Raum umgezogen, so daß die Kinderzahl stetig zugenommen hat und weiter zunimmt. In der Hauptstadt behauptet man aber, die Schülerzahl nehme landesweit ab, also seien keine neuen Schulen notwendig. Daß dies regional völlig anders sein kann, nimmt man dort nicht immer zur Kenntnis. Uns ist nicht damit geholfen, daß anderswo Klassensäle leerstehen. Zu befürchten steht, daß im Rahmen eines Abbaus der Gemeindeautonomie noch stärker vom Schreibtisch in der Hauptstadt aus Entscheidungen gefällt werden, die mit der Realität vor Ort nicht mehr viel zu tun haben.

forum: Ist denn nicht die Region Diekirch-Ettelbrück ein Beispiel dafür, daß auch regionale Verwaltungs- und Handelszentren aufgebaut werden, daß also doch auch "in der Provinz" Entscheidungen getroffen werden?

R. Bohnert: Wir müssen uns aber auch andauernd mit Händen und Füßen dafür einsetzen, daß das so bleibt. Und eine Struktur für wirklich "regionale" Entscheidungen fehlt. Von Fall zu Fall setzen wir uns mit dieser oder jener Nachbargemeinde zusammen, manchmal auch gleichzeitig mit einem Regierungsvertreter. Aber es kostet noch verdammt viel Überwindung, um etwa, wie jüngst trotz allem geschehen, eine regionale Tennishalle für drei Gemeinden (in Ingeldorf) zu bauen. Eine regionale Perspektive fehlt sowohl in den kommunalen als auch in den nationalen Entscheidungen. Es kommt oft noch darauf an, welche Gemeinde als erste beim zuständigen Minister anknüpft. Die andern haben dann das Nachsehen

Wir müssen uns aber auch andauernd mit Händen und Füßen dafür einsetzen, daß das so bleibt. Und eine Struktur für wirklich "regionale" Entscheidungen fehlt.

forum: Es müßte also eine regionale Struktur geschaffen werden, etwa wie in Frankreich, mit eigener Entscheidungskompetenz und eigenen finanziellen Mitteln?

R. Bohnert: Im Prinzip wäre der Vorschlag begrüßenswert. Allerdings sollte man vermeiden, die politischen Strukturen unnötigerweise zu verkomplizieren und sie dadurch an Transparenz verlieren zu lassen. Vielleicht hätte bereits eine konsequenter Zusammenlegung der Gemeinden in diesem Sinne gewirkt.

forum: Wäre die denn im Sinne der Gemeindeautonomie gewesen?

R. Bohnert: Ja, unter gewissen Bedingungen. Zu kleine Gemeinden sind eigentlich auch nicht mehr selbständig. Der Schöffenrat hat oft praktisch nur noch die Möglichkeit dafür zu sorgen, daß die Staatsdienste in seiner Gemeinde das Rechte tun, weil die Gemeinde selbst nur noch begrenzte Dienstleistungen in eigener Regie aufbauen kann. Ich bedauere, daß die Idee der Gemeindefusionen nicht ernsthafter vorangetrieben worden ist. Wahrscheinlich wurde eine Zeit lang in Richtung Zentralismus übertrieben. Alle Verwaltungen, auch jene mit Publikumsverkehr, wurden sehr stark zentralisiert. Das erklärt vielleicht auch die Skepsis bei der Gemeindefusion. Die Tendenz scheint mir heute etwas gebremst zu sein. Aber ich erinnere mich noch gut, wie die Diekircher sich wehren mußten, um das Gericht zu behalten. Bei der Steuerverwaltung ist uns das nur zum Teil gelungen. Sogar die Hotelschule sollte vor einigen Jahren abgezogen werden!

forum: In Wiltz und Clerf gab es früher auch mal Gerichtsverhandlungen.

R. Bohnert: Sicher, Diekirch ist noch verhältnismäßig gut gestellt. Der Clerfer Kanton z. B. wird nach und nach entvölkert, weil es dort oben keine Arbeitsplätze mehr gibt und die jungen Leute daher nach Süden ziehen. Und der Staat hat seine Verwaltungsabteiler in dieser Region ganz wegrationalisiert. Die absolute Zentralisation in einem kleinen Land wie Luxemburg scheint mir nicht sehr gesund. Es gibt zwar das Argument, Luxemburg sei nicht größer als ein (kleines) französisches Departement und das Zentrum sei immer noch für jeden problemlos erreichbar. Doch im Hinblick auf 1992 bin ich der Meinung, daß gerade kleine Staaten die Eigenständigkeit ihrer Regionen stärken müssen, um nicht im europäischen Einheitsbrei unterzugehen. Für uns ist es normal, mehrmals in der Woche in die Hauptstadt zu fahren, um an Sitzungen teilzunehmen, Entscheidungen vorzubereiten, u. ä., aber wir hören auch die Hauptstädter jedes Mal klagen, wenn sie zu uns heraufkommen müssen.

Nehmen wir beispielsweise das Gebiet der Kultur. Ich habe den Eindruck, daß in Luxemburg und in Esch so viel angeboten wird, daß das Publikum z. T. übersättigt ist und ausbleibt, während man uns in der sog. Provinz nur solche Aufführungen überläßt, die in der Hauptstadt nicht mehr unterkamen. Daß das Angebot in einer Stadt mit fast 100000 Einwohnern größer sein muß als in Diekirch, soll nicht bezweifelt werden, doch eine stärkere regionale Streuung des Angebots scheint mir - trotz aller Anstrengungen, die es schon gibt - noch immer notwendig. Die Zentralisierung des kulturellen Angebots in der Stadt Luxemburg bringt u. a. auch ein Problem mit sich, das vielfach einfach ignoriert wird, mit dem unsere Jugendlichen aber jedes Mal konfrontiert sind: Sie kommen zwar problemlos in die Stadt, doch nach der Vorstellung fährt sie kein Bus und kein Zug mehr nach Hause.

forum: Das Problem stellt sich auch schon für einen

Jugendlichen aus Hosingen oder Eppeldorf, der abends nach Diekirch kommen will.

R. Bohnert: Ja, selbstverständlich. Im "Lycée classique" in Diekirch sind tagsüber 1300 Schüler konzentriert, doch zu Abendvorstellungen können die meisten nicht kommen. Wir sind in dieser Sache schon vor Jahren bei der CFL-Direktion, beim Transportminister, beim Erziehungsminister, beim Kulturminister vorstellig geworden, eine Lösung ist bislang noch nicht gefunden worden.

forum: Könnte hier nicht auch wieder eine größere Autonomie jeder Schule einen Ansatz zur Lösung bieten? Müßte nicht eine Schule wie das LCD einen eigenen Bus besitzen? Jede Schule kennt doch am besten die Bedürfnisse ihrer Schüler.

R. Bohnert: Das könnte ich mir in der Tat sehr gut vorstellen. Es ist kein Zufall, wenn das Kino, nach seinem vorübergehenden Tod heute in Diekirch und in Wiltz wieder viele Zuschauer anzieht. Das Bedürfnis nach kulturellen Angeboten besteht. Wir müssen allerdings meistens noch warten, bis ein neuer Film nicht mehr in Luxemburg läuft, bevor er uns ausgeliehen wird.

forum: Und eine regionale Kooperation könnte in dieser Hinsicht Remedur schaffen?

R. Bohnert: Alle Probleme könnte sie sicher nicht lösen. Aber der Mangel an Zusammenarbeit fördert die zentralistischen Kräfte. Ich kann ein aktuelles Beispiel geben, um zu zeigen, wie die regionale Zusammenarbeit auch heute noch durch lokales Prestigedenken gestört wird. Die Ettelbrücker möchten unbedingt ein regionales Kulturzentrum bauen. Nun haben wir aber in Diekirch in den letzten 12 Jahren, sehr große Anstrengungen unternommen, um mit hauseigenen Mitteln ein kontinuierliches Kulturangebot zu schaffen (Kino, Galerie, Museen, Theatervorführungen, Konzerte, Konferenzen, ...), das tatsächlich auch weit über Diekirch hinaus Zuspruch findet.

forum: "forum" hat in diesem Rahmen ja auch seine Cartoon-Ausstellung gezeigt.

R. Bohnert: Und mit Erfolg, wie mir scheint. Bei diesem Streit geht es nicht einfach um das Neuaufleben der alten Rivalität zwischen Ettelbück und Diekirch. Ich möchte nicht mißverstanden werden: Wir haben nichts gegen ein lokales Kulturzentrum in Ettelbrück, genausowenig wie wir etwas gegen den Ausbau des Wiltzer Lyzeums haben. Doch daß ihm von vornherein regionale Funktionen zuerkannt werden sollen, mit allem was das an finanziellen Aufwendungen für den Staat bedeutet, dagegen werden wir uns wehren, da wir in Diekirch längst ein regionales Kulturangebot aufgebaut haben, ohne große staatliche Hilfe. Hier wäre also ohne Zweifel eine regionale Planung höchst notwendig, im Sinne der Komplementarität. Ich bin nicht einverstanden, daß regionale Planung vom Zufall und von der jeweiligen Schwäche oder Stärke der kommunalen Haushalte abhängen soll. Selbstverständlich müssen z. B. die 600 Ettelbrücker Musikschüler annehmbar unterge-

Es kommt oft darauf an, welche Gemeinde als erste beim zuständigen Minister anklopft.

dossier

bracht werden, aber nicht so, daß die 500 Diekircher Musikschüler dabei das Nachsehen haben. Diese Zahlen lassen bereits erahnen, was alles möglich wäre, wenn es zu einer wahren regionalen Zusammenarbeit auf diesem Gebiet käme. Hoffen

wir, daß die Zeit dazu reif ist.

Für "forum" sprach michel pauly mit Schöffe Robert Bohnert.